

Autor: Christine Keilholz
Seite: 11
Ressort: BERLIN

Jahrgang: 70
Nummer: 223
Auflage: 16.253 (gedruckt)¹ 14.670 (verkauft)¹
 14.714 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,042 (in Mio.)²

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 2/2021

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Den ländlichen Raum stärken

Energiewende Klimafreunde und Kohlefreunde waren Gegner beim Kohleausstieg. Nun braucht es die Kraftwerksbetreiber, um die Erneuerbaren auszubauen, sagt Klimaaktivist Jonathan Sacht. Von Christine Keilholz

Herr Sacht, der Kohleausstieg wird langsam Realität. Plötzlich stellen die Braunkohle-Betreiber wie die Leag Windräder auf. Haben Sie sich so die Energiewende vorgestellt?

Jonathan Sacht: Mir ist momentan wichtiger, dass der Umstieg passiert, als wie er passiert. Ich begrüße jedes Windrad, das in einem alten Tagebau entsteht. Das leistet einen Beitrag für das Erreichen der Klimaziele, den wir dringend brauchen.

Wenn die Alt-Industrie die Seite wechselt, geht Ihnen dann nicht Ihr natürlicher Gegner verloren?

Wir sehen die Betreiber der Kohlekraftwerke nicht als unsere Gegner. Das sind wichtige Player am Markt, die sich mit Energie auskennen. Die brauchen wir unbedingt, um umsteigen zu können. Alle, die ich aus der Branche bislang kennengelernt habe, sind gesprächsberbere Menschen. Natürlich rufen wir auf Demonstrationen Dinge, die gegen die Kraftwerksbetreiber gerichtet sind, weil das so schön einfach ist. Aber so schwarzweiß sehen wir das auch nicht. Wie akzeptiert sind die Erneuerbaren Energien in Ostdeutschland?

In der Öffentlichkeit sind die Stimmen am lautesten, die dagegen wettern, dass etwas aufgebaut werden soll. Es gibt aber auch Studien, nach denen 75 bis 95 Prozent der Bundesbürger wissen, dass der Ausbau der Erneuerbaren notwendig ist. Insofern glaube ich, dass wir schon sehr weit sind.

Der Kohleausstieg ist seit einem Jahr beschlossen, der Strukturwandel ist im Gange. Wie nehmen Sie die Stimmung in den Kohleregionen wahr?

Wir haben mit dem Kohleausstieg das politische Signal, dass sich etwas ändern muss. Meiner Meinung nach ist der Ausstieg 2038 aber viel zu spät. Zumal viele Kraftwerksbetreiber aus wirt-

schaftlichen Gründen schon viel früher mit der Kohle aufhören. Das ist mal etwas, das der Markt vernünftig regelt. Damit ist aber auch klar, dass wir in Alternativen investieren müssen.

Läuft der Strukturwandel nach Ihren Vorstellungen?

Fragwürdig finde ich, dass Strukturwandelgelder für Forschungsprojekte in Ballungszentren verwendet werden, statt in den Orten, wo die Arbeitsplätze wegfallen. Die meisten Projekte setzen auch auf Infrastruktur, die mehr Verkehr bedeutet. Der Ausbau von Autobahnen kann keine gute Idee sein, wo man lieber grüne Mobilität fördern sollte.

Welche Forschungsprojekte meinen Sie?

Das Wasserstoff-Kompetenzzentrum in Chemnitz ist zwar toll. Aber das hätte man auch in der Lausitz ansiedeln können. In Boxberg etwa, da ist die Infrastruktur vorhanden. Es muss nicht alles in den Universitätsstädten stattfinden, die ja vom Strukturwandel viel weniger betroffen sein werden.

Ein Teil der Klimadebatte ist die Debatte über Fridays for Future. Wird diese Jugendbewegung so wahrgenommen, wie sie sich selbst auch sieht?

Den Vorwurf, dass Fridays for Future eher eine städtische und akademisch geprägte Bewegung ist, kann ich nachvollziehen. Das können wir nicht abstreiten. Aber es sind viele Menschen in der Bewegung, die sich mit den Problematiken vor Ort auseinandersetzen.

Ich war gerade zwei Wochen auf dem Fahrrad in Ostdeutschlands Braunkohlegebieten unterwegs. Wir kamen durch viele kleine Ortschaften und haben dort Gespräche geführt, um unsere Forderungen mit denen der Menschen in Einklang zu bringen. Die fanden das gut. Allerdings wurden wir in den weniger besiedelten Gebieten, gerade auf den

großen Straßen, auch angefeindet. Da hieß es dann: Geht doch lieber arbeiten! Wir sind eine Bewegung, die privilegiert ist, sind uns dessen bewusst. Aber wir versuchen, mit allen Menschen zu sprechen.

Wie weit ist Fridays for Future im ländlichen Raum angekommen?

Ich kenne viele junge Menschen, die sich in den Braunkohleregionen engagieren. Dafür müssen allerdings Voraussetzungen stimmen. Oft fehlt es an Infrastruktur, wenn etwa in Boxberg der Bus nur dreimal täglich fährt. Dann ist klar, dass dort die Faktoren, die für Zuzug sprechen, nicht vorhanden sind. Der ländliche Raum muss wieder gestärkt werden, damit Leute Lust haben, dort zu leben. Es müssen Dinge vorhanden sein, die lange weggespart wurden.

Klimapolitik und Stärkung des ländlichen Raums – ist das ein Widerspruch? Natürlich nicht. Klimapolitik muss ganz oben stehen, weil es ohne keine Zukunft gibt. Aber wir wollen auch alle Menschen mitnehmen. Im ländlichen Raum ist es viel schwerer, klimaschützende Maßnahmen durchzusetzen, weil alles viel weitläufiger ist. In der Stadt gibt es gute Konzepte, die gleich umgesetzt werden können. Damit der ländliche Raum klimaneutral wird, gibt es Ansätze, die diskussionswürdig sind und wo etwas Tolles draus werden kann, wenn man es gemeinsam angeht. Da bringt es nichts, Klima und ländlichen Raum gegeneinander auszuspielen. Klingt so, als wäre die Klimabewegung braver geworden.

Natürlich sind unsere Forderungen immer noch krasser als das, was politisch beschlossen worden ist. Für uns ist klar, dass wir bis 2035 Klimaneutralität erreichen müssen, um annähernd unter zwei Grad Erderwärmung zu bleiben.

Aber unsere Wut darüber, dass zu wenig passiert, richtet sich nicht gegen die ländliche Bevölkerung, die zu Recht ihre Chancen fordert. Man kann einen solchen Wandel nicht gegen die Menschen schaffen.

Welches Ausstiegsdatum fordern Sie, wenn Ihnen 2038 zu spät ist?

Wir fordern keine Zahl für den Kohleausstieg. Wir fordern, dass es so schnell wie möglich passieren muss, damit wir Klimaneutralität bis 2035 erreichen können.

Die Umwelthilfe verklagt einzelne Bun-

desländer, weil die angeblich zu wenig für das Klima tun. Wie sinnvoll sind solche Klagen?

Ich weiß nicht, wie effektiv das ist. Das ist natürlich eine Möglichkeit, Politiker damit zu konfrontieren, dass sich etwas ändern muss. Das ist insofern ein sinnvoller Schritt, auch wenn er wieder zu Konfrontationen führt. Aber Konfrontationen brauchen wir, um die Debatte zu beschleunigen.

Die Fragen stellte Christine Keilholz.

Maschinenbau-Student und Klimaaktivist

Jonathan Sacht, 24, studiert im Master Maschinenbau an der Technischen Universität (TU) Chemnitz. Daneben ist er Koordinator bei der Klimabewegung Students for Future, die aus der Jugendbewegung Fridays for Future (FFF) hervorgegangen ist. Sacht ist am 23. September Podiumsgast beim 10. Ostdeutschen Energieforum in Leipzig. Thema ist die Akzeptanz der Erneuerbaren Energien und des Strukturwandels in den Kohleregionen.

Abbildung:

Klimaaktivisten, hier bei einer Klimademo in Cottbus, finden den für 2038 beschlossenen Kohleausstieg viel zu spät. „Zumal viele Kraftwerksbetreiber aus wirtschaftlichen Gründen schon viel früher mit der Kohle aufhören“, sagt Jonathan Sacht. „Das ist mal etwas, das der Markt vernünftig regelt.“ Foto: Michael Helbig

Abbildung:

Jonathan Sacht ist Student und Klimaaktivist. Foto: Jonathan Sacht

Wörter:

970

Urheberinformation:

©LR Medienverlag und Druckerei GmbH